

★ TOP



Die Bundesnetzagentur wird unabhängiger und bereitet die erste große Festlegung vor. (Foto: energate)

ANREIZREGULIERUNG

Eigenkapitalverzinsung steigt nur für Neuanlagen

Bonn (energate) - Die Bundesnetzagentur will die Eigenkapitalverzinsung für Strom- und Gasnetzbetreiber um etwa 40 Prozent heraufsetzen. Um die Kosten für die Netznutzer zu begrenzen, gewährt sie dies allerdings nur für Neuanlagen, nicht aber für den Bestand. Für Investitionen in neue Strom- oder Gasnetze würden die Unternehmen nach aktueller Prognose statt bisher 5,07 ab nächstem Jahr 7,09 Prozent erhalten. Die ersten Reaktionen aus der Netzbranche: Enttäuschung statt Jubelrufe. Die Unternehmen hätten sich mit Blick auf den kräftigen Zinsanstieg auf den Kapitalmärkten mehr erwartet.

Die Bundesnetzagentur muss beiden Seiten, Netzbetreibern und Netzkunden, gerecht werden. Um die Millionen Wärmepumpen, Erneuerbarenanlagen und E-Autos in das Stromnetz zu integrieren, müssen die Netzbetreiber in den kommenden Jahren Milliarden investieren. Dafür brauchen sie eine gute Zinsbasis. Auf der anderen Seite macht sich durch das hohe Investitionsvolumen jeder Prozentpunkt im Portemonnaie der Strom- und Gaskunden schmerzhaft bemerkbar. Um wie viel Euro die Strom- oder Gasrechnungen für Haushalte, Gewerbe oder Industrie durchschnittlich steigen, konnte die Behörde auf Nachfrage nicht beziffern. Ebenso wenig nannte sie eine Zahl, wie stark sich der Netzausbau in Deutschland insgesamt pro Jahr verteuert. BNetzA-Präsident Klaus Müller sprach nur von "spürbaren Anreizen für Investitionen", gleichzeitig müsse die Mehrbelastung "auf das Notwendigste begrenzt bleiben".

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Eigenkapitalverzinsung steigt nur für Neuanlagen 1

🏠 POLITIK

Noch keine Entscheidung zur Verlängerung der Braunkohlereserve 3

Bund investierte 2022 rund 1,5 Mrd. Euro in Energieforschung 4

Kabinett beschließt Änderungen an Energiegesetzen 4

Verschärfte EU-Batterieverordnung voraussichtlich im Juni 4

🏢 UNTERNEHMEN

Krisenjahr 2022 hinterlässt Spuren bei der EVO 5

Shell gibt Privatkundenvertrieb in Deutschland auf 6

Anne Köhler wird Chefin von Efet Deutschland 6

VSJ mit neuer Unternehmensspitze 6

Ex-Dena-Chef Kuhlmann wird Unternehmensberater 6

Stadtwerke Lingen treten Quantum bei 7

⚡ STROM

"Ausnahmejahr": Prokon profitiert von hohen Handelspreisen 7

Sachsenenergie und Feralpi Stahl planen 150-MW-Solarpark 7

Mehr Strom aus Wind als aus Kohle 7

Terminkontrakte leisten zunehmend Widerstand 8

🔥 GAS & WÄRME

Fracking könnte zehn Prozent des deutschen Erdgasbedarfs decken 8

Energieverbrauch öffentlicher Gebäude muss deutlich sinken 9

Nach Preissprung am Montag wieder Entspannung im Gashandel 10

🌱 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Wärmepumpen als Flexibilitäten 10

"Nicht warten, sondern starten" 11

🇦🇹 ÖSTERREICH

Wien Energie forciert Fernwärmeausbau in vier Gebieten der Stadt 11

1 Mio. Euro für nukleare Sicherheit in Ukraine 12

Niederösterreich erhöht "Raus aus Gas und Öl"-Förderung 12

Netz NÖ errichtet neues UW in Haag 12

M-Tec baut Kapazitäten für Batteriespeicher aus 13

Variabler Zins statt fünf Jahre Gewissheit

Laut den Eckpunkten wird die Eigenkapitalverzinsung (EK-Verzinsung) in Zukunft dynamischer, um Zinsschwankungen abzubilden. Statt im Voraus den Zinssatz für fünf Jahre zu kennen, müssten die Netzbetreiber mit Plankosten arbeiten. Dazu wird der Kapitalkosten-

aufschlag genutzt, bei dem heute schon neue Investitionen innerhalb der fünfjährigen Regulierungsperioden berücksichtigt werden.

Die Bundesnetzagentur schlägt dazu vor, dass sie auf Basis des ersten Quartals eines jeden Jahres einen Planwert für den Basiszins des Folgejahres vorgibt. Nach Ablauf des jeweiligen Jahres wird dieser durch den tatsächlich eingetretenen Basiszins ersetzt, ein Plan-Ist-Kostenvergleich. Die Differenz wird über das Regulierungskonto abgerechnet. Damit erhalten also entweder die Netzkunden eine Gutschrift, die über sinkende Netzentgelte in den kommenden Jahren ausgezahlt wird, oder aber der Netzbetreiber darf sich in den kommenden Jahren seine Kosten über steigende Entgelte zurückholen. Zusätzlich zum flexiblen Basiszins gibt es den festen Wagniszuschlag, den die Behörde auf 3,0 Prozent festlegen will. Damit gibt es keine Erhöhung gegenüber der jüngsten Festlegung.

Bestandsnetze außen vor

Für die bestehenden Netze bleibt es dagegen beim alten System. Sie würden nach wie vor den im Oktober 2021 festgelegten Zinssatz in Höhe von 5,07 Prozent bekommen. Diese Differenzierung schützt Haushalte, Gewerbe und Industrie vor einer "ungerechtfertigt hohen Belastung", schreibt die Behörde. Ihr Argument: Die Netzbetreiber konnten ihre Kosten in Zeiten der "äußerst niedrigen Zinssätze" günstig durchfinanzieren.

Netzbetreiber sind enttäuscht

Sowohl die Übertragungsnetzbetreiber als auch die Verteilnetzbetreiber fordern Nachbesserungen. "Das sind zwar 2,02 Prozentpunkte mehr als bisher, allerdings ist dieser Zinssatz mit Blick auf die benötigten Investitionen aus VKU-Sicht enttäuschend", sagte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Das dynamische Modell sei zwar grundsätzlich der richtige Ansatz, aber ein vollständiger Ausgleich der vergangenen Zinsanstiege auf den Kapitalmärkten sei nicht geglückt. Die vier ÜNB formulierten es diplomatischer: Das vorgeschlagene Modell sei "komplex" und adressiere nicht alle Bereiche der Eigenkapitalfinanzierung. Auch die Investitionen im Bestand müssten regelmäßig refinanziert werden, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Stefan Missling, Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei BBH, vermisst ebenfalls eine Zinserhöhung für den Bestand: "Die Behörde verkennt, dass Kapitalgeber in Unternehmen investieren; und nicht in einzelne Anlagegüter", sagte er zu energate. Auch beim Wagniszuschlag zeigte er sich enttäuscht, weil er sogar reduziert werde auf 3,0 Prozent. "Ein beschleunigter Netzausbau dürfte so jedenfalls nicht gelingen." Die BNetzA argumentiert in ihren Eckpunkten dagegen, dass die jährliche Anpassung des Basiszinses bereits Risiko nehme.

Let's **start** with



Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie. Neugierig?

Treffen Sie uns auf „THE smarter E“ vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.



HTHIUM



Erste große Bewährungsprobe für Bundesnetzagentur

Für die Bundesnetzagentur ist die Festsetzung der EK-Verzinsung die erste große Bewährungsprobe, nachdem der Europäische Gerichtshof mehr Kompetenzen für die Behörde durchgesetzt hatte (energate berichte). Noch fehlt zwar der entsprechende Rechtsrahmen, damit die Behörde tatsächlich unabhängig von der Bundesregierung agieren kann. Marktbeobachter rechnen bis Ende des Jahres damit. Mit ihrem Eckpunktepapier und einer Konsultation bereitet die Behörde gut ein halbes Jahr vorher ihren steinigen Weg. /mt

Von Michaela Tix



POLITIK

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Noch keine Entscheidung zur Verlängerung der Braunkohlereserve

Berlin (energate) - Seit Oktober 2022 liefern zusätzliche Braunkohlekraftwerke Strom. Ob dies im kommenden Winter auch so sein wird, ist laut Bundeswirtschaftsministerium noch nicht entschieden. Die Bundesregierung hatte fünf Braunkohleblöcke der Betreiber RWE und Leag aus der Sicherheitsbereitschaft in eine sogenannte Versorgungsreserve überführt. Damit konnten die Anlagen in Niederaußem, Neurath (beide NRW) und Jänschwalde (Brandenburg) wieder am Strommarkt teilnehmen. Zusammen verfügen sie über eine Leistung von 1.900 MW. Ziel der Maßnahme war es, Erdgas in der Verstromung einzusparen.

Die entsprechende Erlaubnis für die Rückkehr an den Strommarkt läuft für die betroffenen Braunkohleanlagen Ende Juni aus. Anders als bei der Steinkohle, hier ist laut Verordnung der Weiterbetrieb von Anlagen, die 2022 zurück ans Netz geholt oder nicht abgeschaltet wurden, bis März 2024 vorgesehen. Wie

es für die Braunkohleblöcke weitergeht, ist noch offen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte Ende Mai bei einem Besuch in Brandenburg betont, dass er einem weiteren Betrieb der genannten Braunkohlekraftwerke im nächsten Winter offen gegenüberstehe. Er müsse dies aber gegenüber der EU-Kommission begründen.

Evaluierung vorgesehen

Ganz so klar ist die Sache aber wohl doch noch nicht. Eine Ministeriumssprecherin teilte auf energate-Nachfrage mit, ob ein weiterer Einsatz der Versorgungsreserve im kommenden Winter zur Einsparung von Erdgas in der Stromerzeugung gebraucht wird, werde eine Evaluierung des Instruments zeigen. "Zum aktuellen Stand ist eine erneute Reaktivierung der Versorgungsreserve etwa zum kommenden Winter denkbar und möglich, wenn die Voraussetzungen vorliegen", hieß es weiter. Eine finale Entscheidung für den Weiterbetrieb ist demnach noch nicht getroffen. Weitere Gespräche mit den Betreibern sind laut Ministerium dafür auch nicht notwendig.

RWE bereitet sich auf Weiterbetrieb vor

Von RWE Power hieß es auf Nachfrage, das Unternehmen werde dafür Sorge tragen, "dass die drei betroffenen Kraftwerksblöcke aus der Sicherheitsbereitschaft (Neurath C, Niederaußem E&F) bis Ende März 2024 weiter zur Verfügung stehen", um ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland zu leisten. Über den Einsatz entscheide die Bundesregierung, so ein Sprecher weiter.

Kohleanteil sinkt

Aktuelle Zahlen zeigen dabei, dass das Ziel der Bundesregierung, mit der Rückkehr der Kohle die Gasverstromung zu reduzieren, nicht ganz aufgegangen ist. Laut Statistischem Bundesamt ging der Anteil der Kohle im ersten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück, während Gas in der Verstromung zunahm. /kw

Von Karsten Wiedemann

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

BERICHT

Bund investierte 2022 rund 1,5 Mrd. Euro in Energieforschung

Berlin (energate) - Im Jahr 2022 hat der Bund die Energieforschung mit rund 1,5 Mrd. Euro unterstützt. Laut Bundesbericht Energieforschung 2023 stand dabei die staatliche Forschungsförderung zu Wasserstoff und für eine nachhaltige Wärmeversorgung im Fokus. Die am 7. Energieforschungsprogramm beteiligten Ministerien hätten damit ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent erhöht, teilte das federführende Wirtschaftsministerium mit. Beteiligt sind zudem das Forschungsministerium, das Landwirtschaftsministerium sowie das Bundesumweltministerium. In die Projektförderung investierte die Bundesregierung 2022 1,11 Mrd. Euro. Sie unterstützte dabei 7.365 laufende Forschungsvorhaben und bewilligte 1.661 Projekte neu. Weitere 319,85 Mio. Euro sind in die institutionelle Förderung des Forschungsbereichs Energie der Helmholtz-Gemeinschaft geflossen. Zum 7. Energieforschungsprogramm zählen auch die Förderformate Reallabore der Energiewende des Wirtschaftsministeriums und die Wasserstoff-Leitprojekte des Forschungsministeriums.

Von Offshore-Wasserstoff bis Bürgerbeteiligung

Gefördert wurden zudem Forschungsvorhaben wie das Projekt "Offsh2ore", bei dem untersucht wurde, wie Wasserstoff auf dem Meer hergestellt und per Schiff an Land gebracht werden kann. Andere Beispiele sind das Projekt "LowEx Bestand", bei dem es darum geht, Mehrfamilienhäuser klimaneutral und kostengünstig zu heizen, oder das Projekt "Akzept" für Bürgerbeteiligungen an Energieprojekten. Der Helmholtz-Forschungsbereich Energie (Helmholtz Energy) hat zudem Initiativen auf den Weg gebracht, um die Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu stärken. Dabei ging es unter anderem um den beschleunigten Transfer der nächsten Generation von Solarzellen in die Massenfertigung. Über das 7. Energieforschungsprogramm hinaus fördert die Bundesregierung beispielsweise auch im Rahmen der Important Projects of Common European Interest (IPCEI) Projekte für Wasserstofftechnologien. Hinzu kommen Forschungsförderungen der Länder. Auch das Thema europäische und internationale Zusammenarbeit in der Energieforschung behandelt der Bericht, mit dem sich das Bundeskabinett am 7. Juni befasst hat. /ck

Von Carsten Kloth

FORMULIERUNGSHILFE

Kabinett beschließt Änderungen an Energiegesetzen

Berlin (energate) - Das Bundeskabinett hat eine Formulierungshilfe für Anpassungen und Erleichterungen in den Energiepreisbremsengesetzen beschlossen. Hinzu kommen weitere Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Energiefinanzierungsgesetzes (EnFG) sowie des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG). Damit können die gesetzlichen Regelungen noch vor der Sommerpause vorgenommen werden.

Die Anpassungen zu den Energiepreisbremsengesetzen nutzen beispielsweise Verbrauchern und Unternehmen etwa aus der Gastronomie, die von Corona-Schutzmaßnahmen oder der Ahrtalflut betroffen waren und im Referenzjahr 2021 daher einen sehr niedrigen Stromverbrauch hatten. Die Anpassungen im EEG betreffen zudem Regelungen bei Biogas und eine Rückgabemöglichkeit für Zuschläge bei Windan-Land-Ausschreibungen angesichts stark gestiegener Kosten. Hinzu kommt eine Klarstellung zum Netzanschluss von Photovoltaikanlagen bis 50 kW installierter Leistung, eine Klarstellung zur Umsetzung der sogenannten Länderöffnungsklausel im WindBG und Anpassungen bei Härtefallregelung für stromkostenintensive Unternehmen.

Erneuerbarenverband zeigt sich zufrieden

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) begrüßte die Änderungen an den Energiegesetzen. Die Stromproduktion aus Biogas werde gestärkt. Es sollten jedoch noch zusätzliche Maßnahmen festgehalten werden, die bestehende Deckel für die Biogaserzeugung lösen, sagte BEE-Präsidentin Simone Peter. Für den Windbereich könne die neu vorgesehene Rückgabemöglichkeit für die Zuschläge aus den Jahren 2021/2022 die Umsetzung der Genehmigungen sichern. "Die Rückgabe ermöglicht den Projektierer*innen eine zügige erneute Teilnahme an Ausschreibungen und verhindert damit eine Umsetzungsdelte", so Peter. Die Länderöffnungsklausel im WindBG öffne neue Fenster für die Beschleunigung von Flächenausweisungen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Änderungen gehen ein in die laufenden parlamentarischen Beratungen der Anpassungsnovelle für die Energiepreisbremsen. Der Bundesrat wird diese voraussichtlich am 7. Juli abschließend behandeln. /ck

Von Carsten Kloth

ENERGIESPEICHER

Verschärfte EU-Batterieverordnung voraussichtlich im Juni

Brüssel (energate) - Das Plenum des EU-Parlaments wird die verschärfte EU-Batterieverordnung voraussichtlich annehmen. Das wurde auf einer Expertenanhörung im Parlament deutlich. Die Abstimmung darüber ist für den 13. Juni in Straßburg geplant. Der federführende Umweltausschuss nahm die Verordnung schon im Januar an, die spätere Annahme durch den EU-Minister rat ist dann nur noch eine Formsache.

Energiespeicher wie Batterien gehören zu den acht Technologien, welche die EU als sauber und für ihre Wettbewerbsfähigkeit als strategisch wichtig einstuft. Mit der neuen Batterie-Verordnung werden die Nachhaltigkeitsvorschriften für sämtliche Batterien und Altbatterien in der EU verschärft, darunter auch die für neue und alte E-Autoantriebsbatterien, Industrialtbatterien sowie zum Beispiel solche für Elektrofahrräder, E-Mopeds oder E-Scooter.

So soll es künftig beispielsweise Recyclingquoten für die in Batterien enthaltenen Rohstoffe geben, die schrittweise erhöht werden - etwa für Kobalt, Blei, Lithium und Nickel. Geplant sind unter

anderem auch CO2-Grenzwerte für den Lebenszyklus von neuen Elektrofahrzeugbatterien und für wiederaufladbare Industriebatterien. Zudem kommen Mindestvorgaben für die Haltbarkeit und Leistung von Batterien.

DUH fordert Quoten für Wiederverwendung

Die Geschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Barbara Metz, bewertete die Verordnung als Fortschritt: Sie sei im Zusammenhang mit der Antriebswende essentiell, "denn es ist mitnichten so, dass ein batterie-elektrisches Fahrzeug ein Null-Emissionsfahrzeug ist, auch wenn manche es gern dafür halten". Und in einem E-Fahrzeug sei die Batterie nun mal das Herzstück.

Sie habe sich allerdings eine ehrgeizigere Verordnung gewünscht, zum Beispiel Quoten für die Wiederverwendung von E-Autobatterien als Second-Life-Speicher, dann ein Verbraucherrecht auf Reparatur oder die Pflicht, für die Batterieproduktion nur zusätzlich erzeugte erneuerbare Energie einzusetzen. [/rl/dz](#)

Von Rainer Lütkehus und Daniel Zugehör

UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSZAHLN

Krisenjahr 2022 hinterlässt Spuren bei der EVO

Oberhausen (energate) - 2022 war für den Oberhausener Kommunalversorger EVO kein leichtes Geschäftsjahr. Das Management der vielfältigen Energiekrise erwies sich sowohl operativ als auch wirtschaftlich als eine Herausforderung. Das machte die Geschäftsführung bei der Vorstellung der jüngsten Bilanz deutlich. "Die Krise ist nicht spurlos an der EVO vorbeigegangen", resümierte der kaufmännische Geschäftsführer Timm Dolezych. Die Bilanz weist einen deutlichen Gewinneinbruch gegenüber dem Vorjahresergebnis aus.

Demnach brach das Betriebsergebnis auf 4,3 Mio. Euro ein, nachdem es im Vorjahr mit 13,1 Mio. Euro deutlich mehr als doppelt so hoch ausgefallen war. Hintergrund seien die deutlich gestiegenen Beschaffungskosten für den Energievertrieb und die haus-eigenen Gaskraftwerke, erklärte Dolezych. Gleichzeitig sorgten die milde Witterung einerseits und das krisenbedingt veränderte Verbrauchsverhalten der Kunden dafür, dass die EVO deutlich weniger Gas (-14 %) und Wärme (-16 %) absetzte.

Beschaffungskosten bewusst nicht voll durchgereicht

Der Gewinn nach Steuern, den das Stadtwerk so gut wie vollständig an die Kommune abführt, hat sich nahezu halbiert. Hier stehen 6,3 Mio. Euro für das vergangene Jahr 11,6 Mio. Euro aus dem Jahr 2021 gegenüber. "Das ist auch ein Einschnitt für die Stadt Oberhausen", räumte Dolezych ein. Dieser komme allerdings weder plötzlich noch unerwartet. So habe die EVO im Zuge

des laufenden Krisenmanagements frühzeitig das Gespräch mit dem Anteilseigner gesucht. Mit Blick auf die sozialen Härten der Energiekrise für die Kundschaft sei gemeinsam entschieden worden, die drastisch gestiegenen Beschaffungskosten nicht vollständig an die Kundschaft weiterzureichen und die Ergebniseinbuße dafür bewusst in Kauf zu nehmen. "Das ist ein Bekenntnis zu fairen wie sozialverträglichen Energiepreisen und nicht selbstverständlich", lobte der Geschäftsführer die Stadtverwaltung.

Wettbewerb im Energievertrieb nahezu auf Vorkrisenniveau

Ohnedies habe der Wettbewerb im Vertrieb mit den zwischenzeitlich deutlich gesunkenen Energiepreisen Fahrt aufgenommen und "mehr oder weniger" das Niveau vor der Krise erreicht, so Dolezych zu energate. Allerdings lägen die meisten Stadtwerke, die ihre Tarife jetzt teils deutlich senkten, danach meist wie die EVO knapp über dem Niveau der staatlichen Preisbremse von 40 Cent/kWh. Die EVO selbst sah sich im Verlauf der Krise mehrfach zu Preissteigerungen gezwungen und ruft aktuell einen Arbeitspreis von 41,53 Cent brutto für Strom auf. Mit den Tarifanpassungen habe der Versorger im Vergleich mit anderen Stadtwerken im Mittelfeld gelegen, so der Geschäftsführer. Allerdings gebe es in Oberhausen deshalb aktuell keinen Spielraum mehr für weitere Senkungen.

Die aktuelle Entwicklung am Vertriebsmarkt war für die EVO-Führung auch Anlass zur Kritik an manchem Verbraucherschützer. Zunächst seien Grundversorger wie die EVO auf dem Höhepunkt der Preiskrise "zurecht dafür gefeiert" worden, dass sie die Versorgungssicherheit bei Tausenden havarierten Kunden von Billiganbietern sicherten. Jetzt habe sich die Wahrnehmung gedreht in Richtung Tipps zum günstigen Anbieterwechsel. Dies sei nicht ganz nachvollziehbar, so Dolezych.

Jeder zehnte Mitarbeitende mit Energiepreisbremse beschäftigt

Allerdings stehen das Management und die Bewältigung der Energiekrise bei der EVO nach wie vor ganz oben auf der Agenda. So seien nach wie vor 40 Mitarbeitende, also knapp zehn Prozent der Belegschaft, mit der Umsetzung der Energiepreisbremsen und den damit verbundenen Abrechnungsthemen beschäftigt. "Insofern hat uns die Krise Momentum gekostet. Wir konnten Zukunftsthemen nicht so anpacken, wie wir uns das gewünscht haben", so Dolezych.

Zukunftsthemen weiter im Blick

Gleichwohl treibe das Unternehmen wichtige Investitionsvorhaben wie den Ausbau und die Digitalisierung des Verteilnetzes oder den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos im Stadtgebiet und die Erschließung von Geothermiepotenzialen für die Wärmewende voran. Ins Verteilnetz werde die EVO bis 2025 40 Mio. Euro investieren, kündigte die Geschäftsführung an. Das Netz an Ladesäulen für E-Mobilität soll noch 2023 um 50 Ladesäulen anwachsen und der vorliegende Plan für ein Geothermieprojekt mit verschiedenen Partnern trägt das Zieldatum 2027. [/pa](#)

Von Philip Akoto

STROMVERTRIEB

Shell gibt Privatkundenvertrieb in Deutschland auf

London (energate) - Der britische Öl- und Gaskonzern Shell gibt weite Teile seines Privatkundengeschäfts als Stromanbieter auf. Sowohl die Shell-Energy-Privatkundensparte in Deutschland als auch die in den Niederlanden und in Großbritannien stehen zum Verkauf. Die Teilgeschäftsaufgabe folgt auf eine hausinterne strategische Prüfung, die der Konzern Ende Januar angestoßen hatte. Nachdem das Ergebnis dieser Analyse nun vorliege, sei der Verkaufsprozess bereits eingeleitet, erklärte eine Sprecherin des Konzerns gegenüber energate.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Demnach erwiesen sich diese Segmente als nicht ertragreich genug. "Der Verkaufsprozess hat begonnen, und wir sind zuversichtlich, ihn in den kommenden Monaten, vorbehaltlich der notwendigen Genehmigungen, abzuschließen", so die Sprecherin energate. Ziel sei es, Portfolio zu vereinfachen und Shell weitgehend auf das B2B-Geschäft zu konzentrieren. Allerdings, so die Sprecherin weiter, "werden wir an bestimmten Standorten, an denen es Integrationsvorteile gibt, wie zum Beispiel in den USA und Australien, eine B2C-Position beibehalten". In Deutschland hat Shell Energy nach eigenen Angaben circa 100.000 Kunden.

Als potenzielle Interessenten für das Privatkundengeschäft in den drei europäischen Märkten werden große britische Mitbewerber wie Ovo Energy, British Gas und Octopus Energy gehandelt. Letzterer kam 2020 über die Übernahme des Start-ups 4Hundred als Energieanbieter in Deutschland auf den Markt. Shell selbst hatte seine Stromvertriebsaktivitäten im zweiten Quartal 2020 umgestellt und sich auch in Deutschland unter der Marke Shell Energy als Ökostromanbieter positioniert. Die europaweiten Marktverwerfungen im Großhandel hatten zahlreiche Billiganbieter zum Rückzug bewogen. In Großbritannien gehörte Shell zu den Unternehmen, die in der Folge mehrfach von der Regulierungsbehörde Ofgem zum Ersatzversorger bestimmt worden waren. /pa

Von Philip Akoto

PERSONALIE

Anne Köhler wird Chefin von Efet Deutschland

Berlin (energate) - Der Händlerverband Efet steht künftig unter neuer Führung. Zum 1. August übernehme Anne Köhler, zuletzt Senior Policy Advisor für Shell Deutschland, die Geschäftsführung von Efet Deutschland, teilte die Interessenvertretung mit. Die Volkswirtin Köhler folgt auf Barbara Lempp, die zehn Jahre lang Efet als Geschäftsführerin leitete und nach außen repräsentierte. Sie wolle sich neuen Herausforderungen stellen, heißt es. Nach Informationen von energate wechselt sie zu der energiewirtschaftlichen Beratungsgesellschaft Ecotec, bei der sie künftig eine Führungsposition übernehmen soll.

"Angesichts der aktuellen Diskussion zur Weiterentwicklung der Energiemärkte ist es wichtig, dass Efet Deutschland als Stimme des Marktes eine starke Präsenz in der Hauptstadt Berlin zeigt", erklärte Efet-Vorstandsvorsitzender Bernhard Walter. Der Vorstand sei daher glücklich, in Köhler eine "hervorragende Sachkennerin mit großer Erfahrung sowohl in der Verbandsarbeit als auch im Unternehmen und einem breiten Netzwerk" als Geschäftsführerin gewonnen zu haben. Köhler war vor ihrem Wechsel zu Shell Deutschland Anfang 2022 insgesamt 14 Jahre für den Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) tätig, zuletzt als Leiterin Gas, Dekarbonisierung & digitale Energiewende. /rb

Von Rouben Bathke

PERSONALIE

VSB mit neuer Unternehmensspitze

Dresden (energate) - Der ostdeutsche Projektentwickler VSB stellt sein Führungsteam neu auf. Felix Grolman übernimmt ab Juli den CEO-Posten, teilte das Dresdner Unternehmen mit. Der 44-Jährige kommt von dem Schweizer Energieversorger Energie 360 Grad mit Sitz in Zürich, wo er als Head of Energy der Geschäftsleitung angehörte. Insgesamt kann Grolman rund 15 Jahre Erfahrung in der Energiewirtschaft vorweisen. Zwischen 2012 und 2016 war er unter anderem CEO des Direktvermarkters Grundgrün, danach CEO der Easyoptimize GmbH, die auf die Entwicklung von Energiemanagementsystemen spezialisiert war. Mit Grolman an der Spitze strebt der Windkraftprojektor eine stärkere Internationalisierung an: Die Berufung von Grolman unterstreiche "unseren festen Glauben an das Potenzial der VSB-Gruppe für weiteres internationales Wachstum", erklärte Christopher Delbrück, Vorsitzender des Beirats der VSB-Gruppe.

Als CEO folgt Grolman auf Frederic Lanoë, der seit 2021 den Chefposten innehatte. Zu den Umständen seines Ausscheidens machte das Unternehmen keine Angaben. Zum Kerngeschäft von VSB gehört die Entwicklung von Wind- und Solarparks sowie deren Betriebsführung. Das Unternehmen beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 450 Mitarbeitende und verfügt über eine Projektpipeline von mehr als 13.000 MW verteilt über neun europäische Länder. Zur Geschäftsführung der VSB-Gruppe gehören weiterhin Hartmut Lieder (Finanzen) und Jean-Marc Bazenet (Internationale Märkte). /rb

Von Rouben Bathke

PERSONALIE

Ex-Dena-Chef Kuhlmann wird Unternehmensberater

Berlin (energate) - Der langjährige Dena-Chef Andreas Kuhlmann hat eine neue Aufgabe. Ab Juli 2023 rückt er in die Geschäftsführung des Berliner Beratungshauses Christ & Company auf. In dem Gremium wird der 55-Jährige sowohl Chief Transformation Officer (CTO) als auch Verantwortlicher für das operative Geschäft (Chief Operating Officer, COO). In dieser Doppelfunktion soll Kuhlmann seine Expertise bei Klima und Energie in die Beratung zu nachhaltigen Geschäftsmodellen einfließen lassen,

kommentierte Harald Christ, Gründer und Chairman von Christ & Company den Neuzugang in der Unternehmensführung. "Nach vielen Jahren an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik will ich mein dabei erworbenes Wissen stärker auf die Umsetzung konkreter Vorhaben, Veränderungen und Investitionen ausrichten", erklärte Kuhlmann seinerseits den Entschluss, bei dem 2018 gegründeten Beratungshaus anzufangen.

Kuhlmann stand seit 2015 an der Spitze der Dena. Zuvor war der studierte Physiker und Volkswirt beim Branchenverband BDEW, wo er seit 2010 die strategische und politische Entwicklung des Verbandes und den Dialog mit der Politik verantwortete. Im politischen Umfeld war Kuhlmann für die SPD tätig. Er arbeitete im Bundestag und im Europaparlament, außerdem war er im Bundesarbeitsministerium beschäftigt und in der Deutschen Botschaft in Schweden. Die Nachbesetzung des Chefpostens bei der Dena war unlängst zum Politikum geworden, über die Patrick Graichen seinen Posten als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium verloren hatte. /pa
Von Philip Akoto

+++ KURZ NOTIERT +++

Stadtwerke Lingen treten Quantum bei

Ratingen (energate) - Die Stadtwerke-Kooperation Quantum verzeichnet Zuwachs. Die Stadtwerke Lingen bauen ihren Kundenstatus zu einer Beteiligung aus und erhöhen damit die Anzahl der Mitgliedsunternehmen auf 14. Weiterhin konnte Quantum die Stadtwerke Dinslaken als Neukunden gewinnen. Als Energiebeschaffungskooperation kommunaler Energieversorger setzt Quantum auf Synergieeffekte beim kosteneffizienten Einkauf von Strom und Gas. Größte Anteilseignerin bleibt die SWK Energie mit 49 Prozent. /bo

STROM

BESTES JAHRESERGEBNIS

"Ausnahmejahr": Prokon profitiert von hohen Handelspreisen

Itzehoe (energate) - Die Windkraftgenossenschaft Prokon blickt auf das erfolgreichste Jahr der Firmengeschichte zurück. Der Überschuss für das Geschäftsjahr 2022 belief sich auf rund 23 Mio. Euro, gab der norddeutsche Projektierer im Zuge der Hauptversammlung bekannt. Das entspreche nicht nur nahezu einer Verdopplung des Vorjahreswerts, sondern sei auch das beste Ergebnis seit der Gründung im Jahr 2015. Als Hauptursache nennt die Energiegenossenschaft das hohe Energiepreisniveau, von dem Prokon bei der Vermarktung des erzeugten Windstroms profitierte. Auf Basis der Jahreszahlen schüttet der Projektierer 20,8 Mio. Euro an die Mitglieder aus, was einer Dividende von 9,1 Prozent entspricht. Zugleich erklärte Prokon-Vorstand Andreas Neukirch, dass 2022 bezüglich der Dividendenausschüttung als "Ausnahmejahr" zu bewerten sei.

Prokon verfügt über ein Erzeugungsportfolio von insgesamt 71 Windparks mit mehr als 800 MW Gesamtleistung in Deutschland, Polen und Finnland. Die Erzeugung dieser Anlagen beziffert der Projektierer für das vergangene Jahr auf 1,2 Mrd. kWh. Aktuell befinden sich drei weitere Windparks mit neun Turbinen sowie ein Solarpark im Bau. Das Unternehmen hofft zugleich, von den erhöhten Ausbauzielen der Bundesregierung profitieren zu können. "Für den schnelleren Ausbau in Deutschland haben wir Projekte von über 500 MW Leistung in der fortgeschrittenen Planung", sagte Vorstand Neukirch. Prokon betrachtet sich als größte Energiegenossenschaft des Landes und zählt knapp 40.000 Mitglieder. /rb

Von Rouben Bathke

DEKARBONISIERUNG

Sachsenenergie und Feralpi Stahl planen 150-MW-Solarpark

Dresden (energate) - Der Stahlproduzent aus dem sächsischen Riesa, Feralpi Stahl, setzt auf dem Weg zur Dekarbonisierung seiner Produktionsprozesse auf Ökostrom aus der Region. Zusammen mit dem Energieversorger Sachsenenergie plant das Unternehmen im Zeithainer Ortsteil Jacobsthal einen Solarpark mit 150 MW Leistung. Dazu habe Unternehmen eine Absichtserklärung unterzeichnet. Die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung von Feralpi Stahl und den Riesaer Stadtwerken am Solarpark in Jacobsthal sei noch offen, teilte Sachsenenergie mit. Die Stadtwerke Riesa werden sich ebenfalls an dem Projekt beteiligen. Der Versorger bezieht bereits Abwärme aus dem Stahlwerk für die Versorgung seiner Wärmekunden.

Die Beteiligten "hoffen auf grünes Licht des Zeithainer Gemeinderats". Wann das Thema auf der Tagesordnung stehen wird, sei noch nicht bekannt, sagte eine Sprecherin von Sachsenenergie zu energate. Nach der Fertigstellung des Solarparks rechnet der Stahlproduzent mit einer CO₂-Einsparung von über 64.000 Tonnen jährlich. Regionale Erzeugungsanlagen dieser Größe seien essenziell für den Industriestandort und die Wertschöpfung in der Region, sagte Rutger Kretschmer, Leiter des Bereichs Energieerzeugung bei Sachsenenergie. /am

Von Artjom Maksimenko

ERZEUGUNGSSTATISTIK

Mehr Strom aus Wind als aus Kohle

Wiesbaden (energate) - Im ersten Quartal erzeugten Anlagen in Deutschland 132,8 Mrd. kWh Strom und damit 7,8 Prozent weniger als im Vorjahresquartal. Das geht aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) hervor. Diesen deutlichen Rückgang führt Destatis auf milde Temperaturen, Verbrauchssenkung aufgrund hoher Strompreise und eine konjunkturelle Abschwächung zurück. Den höchsten Anteil im Erzeugungsmix erreichte die Windkraft mit 32,3 Prozent (1. Quartal 2022: 30,0 %). Damit übernahm die Windenergie erstmals seit dem 2. Quartal 2020 den Platz an der Spitze. Auf Rang zwei kommt der Kohlestrom mit einem Anteil von 30 Prozent.

Konventionelle Erzeuger liefern weniger

Im Vergleich zum ersten Quartal 2022 haben die konventionellen Energieträger im ersten Quartal 2023 10,4 Prozent weniger Strom erzeugt. Den höchsten Rückgang verzeichnete dabei die Kohle - hier ging es um 5,5 Mrd. kWh oder 12,1 Prozent zurück. Die im ersten Quartal noch verbliebenen drei Kernkraftwerke lieferten 2,8 Mrd. kWh weniger oder 32,7 Prozent. Die Stromproduktion aus Erdgas stieg dagegen im Vergleich zum 1. Quartal 2022 um 2,4 Prozent an und erreichte einen Anteil von 14,6 Prozent (1. Quartal 2022: 13,2 %), teilte Destatis mit. Die Erneuerbaren erreichten im ersten Quartal des Jahres einen Anteil von 48,6 Prozent (1. Quartal 2022: 47,1 %). Im Vergleich zum Vorjahresquartal ging die produzierte Strommenge um 4,7 Prozent zurück. Die Gründe dafür sieht Destatis in einer insgesamt geringeren Stromnachfrage. Während die Windkraft zulegte, sank die Einspeisung von Solarstrom im Vergleich zum Vorjahresquartal deutlich um 27,1 Prozent auf einen Anteil von 4,9 Prozent (1. Quartal 2022: 6,2 %). Die Anzahl der Sonnenstunden im 1. Quartal des Vorjahres war deutlich höher als in den ersten drei Monaten 2023, hieß es dazu zur Begründung. **/am**

Von Artjom Maksimenko

ADD-ON STROM

Terminkontrakte leisten zunehmend Widerstand

Dortmund (energate) - Nach mehreren Monaten im bearishen Griff scheinen sich die Terminkontrakte zumindest zu stabilisieren. Von einer Kehrtwende auf dem Stromhandelsmarkt will jedoch noch niemand reden. Neben der Gaspreisentwicklung gerät wieder der Flusswasserpegel zunehmend in den Fokus der Händler.

Die aktuelle Handelswoche hat zwar keine Solarspitzen von 40.000 MW wie am Fließband geliefert, sorgte aber auch für viel Druck auf dem Spotmarkt. Der Wind gibt sich in dieser Jahresphase traditionell schwach. Für den vergangenen Freitag notierte der Day-Ahead-Kontrakt bei 81,02 Euro/MW und gab am Wochenende auf 56,37 Euro/MWh und 49,67 Euro/MWh nach. Für Montag erreichte der Kontrakt dann 90,76 Euro/MWh, legte für Dienstag auf 98,14 Euro/MWh zu und wurde für Mittwoch sogar dreistellig: 100,93 Euro/MWh. Für Donnerstag gab der Kontrakt wieder nach und schloss bei 84,52 Euro/MWh.

Während der Spothandel eine unter dem Strich erwartbare Performance hinlegte, agierte der Terminhandel volatil und deutete vorsichtig eine Trendwende an. "Es gibt bei den Terminkontrakten mehr Widerstand als in den Wochen zuvor", so ein Marktteilnehmer. Die kommenden Wochen würden zeigen, ob es nur eine Momentaufnahme oder doch eine Trendwende hin zu einer Stabilisierung des Langfristhandels sei.

Terminkontrakte senden bullische Signale

Der Juli-Kontrakt ging bei 74,99 Euro/MWh ins Handelswochenende und startete dann am Montag mit 89,33 Euro/MWh rund 20 Pro-

zent stärker. Zwar gab dann der Kontrakt auf 84,25 Euro/MWh und 84,43 Euro/MWh am Dienstag und Mittwochnachmittag nach, blieb dann aber immerhin gut zehn Prozent über dem Vorwocheniveau. Dafür sehen die Händler mehrere Gründe. Zu den zentralen zählt traditionell die Gaspreisentwicklung. Mit 26 Euro/MWh für den Day-Ahead-Kontrakt am THE sei der Preis günstig. Auch der Speicherstand und die aktuelle LNG-Verfügbarkeit würden keinen Anlass zur Sorge geben. Allerdings sei der Spread zwischen LNG-Preisen in Europa und Asien weitgehend aufgebraucht, und das könnte bedeuten, dass die LNG-Tanker bald auch verstärkt den asiatischen Markt anfahren würden. Das würde Gas wieder verknappen und für bullische Signale auf dem Gasmarkt sorgen. Zunehmend beschäftigt sich der Handel mit dem Transportproblem von Kohle auf dem Wasser. Zwar sei der Wasserpegel noch nicht im roten Bereich, allerdings gab es in den vergangenen Wochen kaum Niederschläge. Das würde den Preis für Kohle, die derzeit auskömmlich verfügbar ist, wieder in die Höhe treiben und damit auch den Strompreis.

Jahresbänder stabilisieren sich

Ähnlich wie Juli- und Q3-Kontrakt starteten die Jahresbänder Cal 24 und Cal 25 stark in die Handelswoche. Nach 118,96 Euro/MWh am vergangenen Freitag ging es für Cal 24 am Montag auf 125,06 Euro/MWh hoch. Danach gab der Kontrakt auf 119,24 Euro/MWh und 118,30 Euro/MWh nach und lag damit wieder unter dem Vorwocheniveau. "Der Ausbruchversuch an sich war aber auch schon bemerkenswert", sagte ein Händler. Ähnlich agierte auch Cal 25. Nach 111,05 Euro/MWh am vergangenen Freitag brach der Kontrakt auf 117,06 Euro/MWh am Montag aus und sank dann über 113,20 Euro/MWh am Dienstag auf 112,25 Euro/MWh und damit nur 80 Cent über dem Vorwocheniveau. **/am**

Von Artjom Maksimenko



GAS & WÄRME

ESYS-PAPIER

Fracking könnte zehn Prozent des deutschen Erdgasbedarfs decken

München (energate) - Fracking kann einen Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland leisten. Die Umweltrisiken seien gering. Das ist ein Ergebnis eines Impulspapiers mit dem Titel "Fracking: eine Option für Deutschland? Chancen, Risiken und Ungewissheiten beim Fracking in nicht konventionellen Lagerstätten" des Akademienprojekts Energiesysteme der Zukunft (Esys).

Demnach könnte Frackinggas sechs bis zwölf Prozent des jährlichen deutschen Erdgasverbrauchs abdecken und die Versorgungssicherheit mittelfristig erhöhen. "Vor dem Hintergrund eines steigenden Erdgasangebots auf dem Weltmarkt wäre dies jedoch auch durch eine Diversifizierung der Lieferländer möglich", heißt es in dem Papier.

Zudem sei „aufgrund der technisch und rechtlich notwendigen Schritte eine Gasförderung voraussichtlich frühestens in drei bis vier Jahren möglich. Zunächst müsste jedoch das derzeit geltende Fracking-Verbot aufgehoben werden. Umweltschäden wie Erdbebengefahr oder verschmutztes Grundwasser, die bislang die Debatte um die Technologie bestimmen würden, seien weitgehend vermeidbar. "Voraussetzung hierfür sind klare Auflagen zum Schutz der Umwelt und der Einsatz der besten verfügbaren Technik", schreibt Esys. Restrisiken könnten jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Wirtschaftlichkeit fraglich

Wie sich das Fracking langfristig auf den Klimaschutz auswirkt, sei nicht abschließend zu bewerten. Weil Verflüssigung und Transport wegfallen, würden bei der nationalen Förderung jedoch weniger CO₂-Emissionen im Vergleich zum Import anfallen. Aufgrund der deutschen und europäischen Klimaziele könne Frackinggas zudem nur begrenzt genutzt werden. Die gestiegenen Erdgasmengen könnten jedoch ein Anreiz für die weitere Nutzung des Energieträgers sein und Klimaschutzmaßnahmen sich deshalb verzögern.

Die Esys-Experten weisen zudem darauf hin, dass aufgrund der sinkenden heimischen Nachfrage und sich entspannenden Erdgas-Weltmärkten ein hoher Preisdruck für eine nationale Erdgasförderung entstehen könnte. Es sei ungewiss, "ob und unter welchen Voraussetzungen Unternehmen ohne staatliche Unterstützung ein Geschäftsmodell aufbauen können", so Esys.

Niedersachsen bislang skeptisch

Das größte Fracking-Potenzial besteht laut Impulspapier in Niedersachsen. Die dortige rot-grüne Landesregierung hatte in ihrem im November 2022 unterzeichneten Koalitionsvertrag das Fracking zwar nicht explizit ausgeschlossen. Beide Parteien hatten sich Berichten zufolge aber im Vorfeld der Landtagswahlen gegen die Technologie positioniert. In Folge des Russland-Ukraine-Krieges und der dadurch entstandenen Energiekrise wurden auch auf Bundesebene politische Forderungen laut, Fracking in Deutschland wieder zu erlauben, etwa von der FDP.

"Angesichts der großen gesellschaftlichen Ablehnung, des begrenzten Zeithorizonts und der unsicheren Kosten- und Preisentwicklung ist sehr ungewiss, welchen Beitrag Fracking in Deutschland zur Stärkung der Versorgungssicherheit leisten kann", erklärte Karen Pittel, Leiterin des Ifo-Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen und stellvertretende Vorsitzende des Esys-Direktoriums. Es brauche daher "eine offene Diskussion über Potenziale und Zielkonflikte". /mh

DENA-STUDIE

Energieverbrauch öffentlicher Gebäude muss deutlich sinken

Berlin (energate) - Zur Erreichung der Klimaziele 2045 müsste allein der Energieverbrauch in öffentlichen Nichtwohngebäuden um rund 60 Prozent sinken, so die neue Studie "Fit für 2045: Zielparame-ter für Nichtwohngebäude im Bestand" der Deutschen Energie-Agentur (Dena) in Kooperation mit Adelphi Consult GmbH und dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE. Realistisch umsetzbar sei dies nur durch Sanierungen der öffentlichen Bestandsgebäude auf mindestens Effizienzgebäudestufe 40 bis spätestens 2045.

Die Kategorie der "Effizienzhäuser" beschreibt eigentlich einen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) definierten Energiestandard für Wohngebäude. Der Effizienzhausstandard 40 bedeutet, dass ein Haus nur 40 Prozent der im Gebäudeenergiegesetz vorgegebenen Energie benötigt. Die Studie der Dena zeigt allerdings, dass Energieeffizienzstandards auch für öffentliche Nichtwohngebäude nötig sind, um den Effizienzzielen gerecht zu werden, und erarbeitete messbare Zielparame-ter für CO₂-Emissionen und Energieverbrauch auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Öffentliche Hand mit Vorbildfunktion

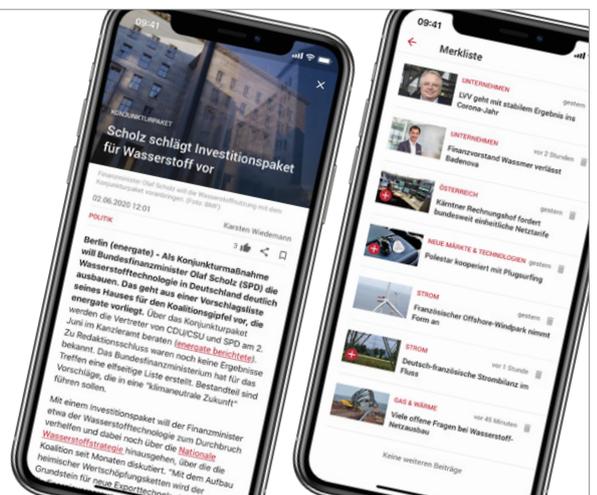
Das aktuell im Bundestag verhandelte Energieeffizienzgesetz betont besonders die Vorbildfunktion von Bund und Ländern bei der Senkung des Energieverbrauchs in Deutschland. Damit rückt der Handlungsbedarf für Eigentümer öffentlicher Nichtwohngebäude wie Schulen, Schwimmbäder oder Verwaltungsgebäude im Hinblick auf

e Die neue energate-App - Energienews smarter lesen

Individualisiert. Intuitiv. Topaktuell.

- ✓ Persönliche Newsrubrik: Für Ihre Lieblingsthemen
- ✓ Merkliste: Ihr eigenes Nachrichten-Gedächtnis
- ✓ Push-Nachrichten: Mitteilungen zu Ihren Schwerpunkten

Jetzt kostenlos downloaden:



die energetische Sanierung in den Vordergrund. Zur Erreichung der Energieeffizienzziele fordert der Gesetzesentwurf jährlich zwei Prozent Gesamtendenergieeinsparung von Seiten der öffentlichen Hand. Die Umsetzung der dafür notwendigen Sanierungsarbeiten ginge für Bund und Länder mit einem erheblichen Kostenaufwand einher. Zur kosteneffizienten Umsetzung dieser Maßnahmen empfiehlt die Dena den Einsatz von spezialisierten Dienstleistern im Rahmen des "Energiespar-Contracting". Zudem sei eine Bündelung von mehreren Sanierungsvorhaben in sogenannte "Gebäudepools" vorteilhaft. /bo
Von Beatrice Oster

ADD-ON GAS & WÄRME

Nach Preissprung am Montag wieder Entspannung im Gashandel

Essen (energate) - Am Montag dieser Woche machten die Gaspreise an den Handelsmärkten nach dem langanhaltenden Rücklauf der vergangenen Wochen mal einen Satz nach oben. Doch schon am Dienstag kehrte wieder Ruhe ein. Eine komfortable Versorgungssituation trifft aktuell auf geringe Nachfrage. Auch in Asien fehlt der Demand, obwohl es für LNG-Produzenten anhand der Preissignale gerade lukrativer wäre, die asiatischen Märkte anzusteuern. "Es passiert aber nicht, denn die Nachfrage ist nicht da", konstatierte ein Händler.

An der niederländischen TTF startete der Day-Ahead am Montag mit 28,45 Euro/MWh in die Woche, nachdem sich die Märkte in der Vorwoche auf einem Niveau von rund 25 Euro/MWh eingependelt hatten. Als Erklärung verwiesen Marktteilnehmer darauf, dass weniger LNG-Lieferungen erwartet werden und es Anzeichen gebe, dass die Nachfrage in Asien hochfahren könnte. Das Wetterphänomen El Niño sorgt hier gerade für eine Hitzewelle. Fährt Asien die Preise hoch, muss Europa mitziehen, um für LNG-Lieferungen attraktiv zu bleiben. Bullish wirkte auch Saudi-Arabiens Ankündigung, die Ölproduktion zu drosseln.

Geringe Nachfrage dämpft Nervosität

Am Dienstag startete der Handel zunächst noch fest, ehe die Entspannung zurückkehrte. Zum Handelsschluss fiel der Day-Ahead an der TTF wieder auf 25,52 Euro/MWh. Im Mittwochshandel lag der Preis am frühen Nachmittag bei 25,35 Euro/MWh. Der Nachfrageanstieg aus Asien ist vorerst ausgeblieben und auch in Europa ist die Industrienachfrage laut Händlerangaben schwach. Gute Bedingungen für Wind und Solar sorgen auch in der Verstromung nur für einen geringen Bedarf. Auch bei den kurzfristigen Ausfällen im wichtigen Lieferland Norwegen legte sich so die Nervosität schnell wieder, obwohl die Reparaturzeiträume ausgedehnt werden mussten. Hammerfest soll jetzt statt am 8. Juni am 11. Juni wieder in Betrieb gehen, Oseberg kommt am 23. Juni zurück.

Auch aus der laufenden Speichersaison kommen derzeit kaum Impulse. Deutschland hat das Septemberziel von 75 Prozent schon drei Monate vorher erreicht. Europa liegt nach Zahlen der Plattform AGSI+ insgesamt bei knapp über 70 Prozent. Die Spreads zum

Winter sind immer noch weit, auch wenn sie sich zuletzt etwas relativiert haben. Die Preissignale zur Einspeicherung sind also intakt. Der Frontmonat Juli wurde am Mittwochnachmittag bei 25,20 Euro/MWh gehandelt. Am Montag waren es 28,54 Euro/MWh, am Dienstag 25,09 Euro/MWh. Q3/23 bewegte sich am Mittwoch bei 26,60 Euro/MWh, das Winterquartal Q4/23 bei 37,70. Winter 23 wurde zuletzt mit 40,10 Euro/MWh gehandelt.

Risikoprämie für 2024 schmilzt ab

Das Kalenderjahr Cal 2024 verteuerte sich am Montag zunächst auf 45,07 Euro/MWh. Am Dienstag ging es zurück auf 42,66 Euro/MWh. Im Mittwochshandel wurden am Nachmittag noch 41,90 Euro/MWh gesehen. Gegenüber 2025, das am Mittwoch 40,50 Euro/MWh kostete, wird für Cal 2024 derzeit noch eine Risikoprämie gezahlt. "Wir sehen aber, wie diese peu à peu abschmilzt", sagte ein Händler. /tc

Von Thorsten Czechanowsky



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

PILOTPROJEKT

Wärmepumpen als Flexibilitäten

Essen (energate) - Drei Übertragungsnetzbetreiber und der Heizungsbauer Viessmann wollen Wärmepumpen besser in das Stromnetz integrieren. Um Flexibilitätspotenziale zu heben, verbinden die Partner bereits installierte Wärmepumpen virtuell zu einem Schwarm. Das Projekt namens "ViFlex" mit Wärmepumpenbesitzerinnen und -besitzern sowie Tennet, Transnet BW und 50 Hertz laufe schon seit dem Frühjahr, teilten die Partner jetzt mit. Ziel ist es, mit Wärmepumpen Systemdienstleistungen durch eine koordinierte Lastverschiebung anbieten zu können.

Heizkomfort soll nicht leiden

Teilnehmende Haushalte mit einer Viessmann-Wärmepumpe erhielten einen "Mitmachbonus" und könnten ihre Stromkosten senken, heißt es weiter. Dazu müssen diese der systemdienlichen Steuerung ihrer Wärmepumpe online zustimmen und sie mit dem Internet verbinden. "Bei den Algorithmen zur Steuerung hat Viessmann großen Wert darauf gelegt, dass der Heizkomfort der Haushalte nicht oder für die Bewohner nicht merkbar beeinträchtigt wird", verspricht Hans Schermeyer, Product Owner Energy Services bei Viessmann.

So erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beispielsweise täglich eine Betriebsprognose, aus der die Flexibilität der einzelnen Anlage hervorgeht. Hintergrund ist die steigende Zahl an Wärmepumpen. Die Bundesregierung will, dass deren Zahl von heute rund eine Mio. auf sechs Mio. im Jahr 2030 steigt. Weil die erneuerbare Erzeugung zunimmt, steigt der Bedarf an Flexibilitäten. Die Projektpartner wollen im Jahresverlauf den Teilnehmerkreis "deutlich" vergrößern und anschließend die Stabilität der Betriebsprozesse verbessern. /dz

Von Daniel Zugehör

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Nicht warten, sondern starten"

Berlin (energate) - Die Chancen der klimaneutralen Industrierevolution sind immens. Doch die Bundesregierung muss nun die Weichen richtig stellen, damit hier und nicht woanders in Produktionskapazitäten investiert wird.

Gastbeitrag von Sebastian Sipp, Geschäftsführer der Stoff2 GmbH

Die PV-Strategie der Bundesregierung erregte zu Recht große öffentliche Aufmerksamkeit. Vielen wurde erstmals bewusst, wie groß das Potenzial der Solarenergie in Deutschland ist und wie schnell die installierte PV-Leistung ansteigen kann und muss. Denn sie ist optimal geeignet, um einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität und Energiesouveränität aus erneuerbaren Energien bis spätestens 2045 zu leisten.

Zugleich macht sie deutlich, dass es trotz beschleunigten Stromnetzausbaus nicht gelingen wird, die stetig steigenden Anteile von Solar- und Windstrom vollständig ins Stromnetz zu integrieren. Daraus folgt die Notwendigkeit von Speicher- und Sektorenkopplungsanlagen. Diese Anlagen können die nicht durch das Stromnetz aufgenommenen Strommengen speichern beziehungsweise in grünen Wasserstoff umwandeln und sie damit sektorenübergreifend nutzbar machen. Damit tragen sie erheblich zur Klimaneutralität und Resilienz des gesamten Energie- und Wirtschaftssystems bei.

Die dafür benötigten Technologien - Großbatterien, Elektrolyseure oder die Stoff2-Technologie, die beides in einer Anlage kombiniert - sind entwickelt und marktreif. Es fehlen allerdings noch die Hardwarekapazitäten für einen flächendeckenden Einsatz dieser Technologien.

Derzeit verfügt die europäische Elektrolyseur-Industrie über eine Fertigungskapazität von gerade einmal 2 GW Gesamtleistung jährlich. Selbst zurückhaltende Prognosen gehen allein für Deutschland von 5-7 GW installierten Elektrolyseuren ab Ende der 2020er Jahre aus; der Bedarf beziehungsweise die Nachfrage dürfte deutlich höher liegen.

Elektrolyseinvestitionen drohen abzuwandern

Die attraktiven Investitionsbedingungen des US Inflation Reduction Acts führen allerdings dazu, dass immer mehr Elektrolyseurhersteller Investitionen in Deutschland und Europa zurückstellen. Es droht uns das Abwandern des Know-hows über den Atlantik. Die Folgen wären fatal. Die Marktführerschaft in diesem Zukunftsfeld wäre verspielt und vier Millionen Arbeitsplätze, die europaweit entstehen könnten, würden in Nordamerika geschaffen.

Auch die Kostendegression von grünem Wasserstoff wäre erheblich behindert. Solange die Hardware für Energiespeicher und Elektrolyseure mangels Fertigungskapazitäten knapp bleibt, bleiben Effekte der "economies of scale" und dadurch verbundene sinkende Produktionskosten vorerst aus, die wiederum zu niedrigeren Verkaufspreisen für grünen Wasserstoff beitragen könnten.

Wertschöpfungskette wieder aufbauen

Wir sollten daher in einer konzertierten Aktion eine komplette Erneuerbaren-Wertschöpfungskette (wieder-)aufbauen. Von der Zell- und Modulfertigung als Hardware für die Solarstromerzeugung bis zu Batterie- und Elektrolyseur-Gigafabriken. Anderenfalls wird Deutschland Energieimporteur bleiben und zum Technologieimporteur mutieren. Die Chancen einer klimaneutralen industriellen Revolution sind hingegen immens. Wir verfügen längst über das notwendige Know-how und die Motivation, den Sprung in das klimaneutrale Zeitalter zu wagen. Nun kommt es darauf an, dass die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen setzt, sodass umfangreiche Investitionen in Produktionskapazitäten ausgelöst werden können.

Konkret werden Instrumente benötigt, die Risikokapitalinvestitionen besser absichern wie KfW-Bürgschaften, nachrangige Gesellschafterdarlehen der KfW an junge Technologieunternehmen und damit verbunden die Bereitschaft, den Einkauf von Rohstoffen abzusichern. Auf diese Weise können wir unsere Rohstoffabhängigkeiten dauerhaft minimieren.

"Wir warten nicht, wir starten" sollte das Motto der neuen Deutschlandgeschwindigkeit sein. Für die Energiewende, den Klimaschutz, aber insbesondere für den Wirtschaftsstandort Deutschland könnte es keinen besseren Zeitpunkt für eine klimaneutrale industrielle Revolution geben.

 **ÖSTERREICH****WÄRME****Wien Energie forciert Fernwärmeausbau in vier Gebieten der Stadt**

Wien (energate) - Wien Energie legt den Fokus beim Fernwärmeausbau künftig auf vier Stadtgebiete. Diese "Pioniergebiete" umfassen das Alliiertenviertel im zweiten Bezirk, die Gumpendorfer Straße im sechsten Bezirk sowie Rossau im neunten und die Wohnanlage "Huber-Block" im 16. Bezirk. Die ausgewählten Zonen unterscheiden sich dabei wesentlich in Bauart, Zusammensetzung und Größe, teilte Wien Energie mit. Ziel sei es, den Fernwärmeausbau sowie die Umstellung von Gas auf alternative Heizsysteme voranzutreiben. Dabei sollen je nach Gebäudeart auch Wärmepumpen oder Erdwärmesonden zum Einsatz kommen. Hierfür nimmt der Versorger rund 50 Mio. Euro in die Hand.

In der aktuellen Planungsphase werden die Gebäudestrukturen in den vier Gebieten analysiert und die technische Umsetzung des Fernwärmeausbaus sowie des Leitungsverlaufs geplant, erklärte der städtische Versorger. In einer ersten Ausbaustufe sollen bis Ende 2026 über 200 Gebäude in den ausgewiesenen Gebieten für einen Fernwärmeanschluss vorbereitet werden. Im Vorfeld dazu

wird es Gespräche mit den Gebäudeeigentümern und -eigentümergeberinnen geben. Über den Verlauf des Ausbaus will Wien Energie die Bewohner und Bewohnerinnen im Rahmen von Informationsveranstaltungen und mittels Postsendungen informieren.

EWG als wichtige Voraussetzung

Damit das Ziel der klimaneutralen Stadt bis 2040 Realität werden kann, müssten jedoch noch entsprechende rechtliche Rahmen gesetzt werden, hieß es. Etwa sei die flächendeckende Sanierung des Altbaus eine Grundvoraussetzung für die Umstellung auf ein zentrales Wärmesystem wie Fernwärme oder Wärmepumpe. Auch könne der Ausstieg aus fossilen Heizsystemen ohne das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) nicht gelingen, meinte Wien Energie. Das Gesetz regle nicht nur, welche Heizsysteme in neuen Gebäuden eingebaut werden dürfen, sondern ist auch die Grundlage für die Umstellung auf umweltfreundliche Heizsysteme in Bestandsgebäuden.

Aktuell schließt Wien Energie pro Jahr Fernwärmekunden und -kundinnen mit einer Leistung von 70 MW neu ans Netz an. Insgesamt soll die Abdeckung des Wärmebedarfs über Fernwärme von aktuell 40 auf 56 Prozent bis 2040 steigen. Derzeit stammt rund die Hälfte der Wiener Fernwärmeproduktion aus erdgasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Ein weiteres Drittel kommt von der Müllverbrennung. Der Rest wird aus industrieller Abwärme, Biomasse sowie Erd- und Umgebungswärme bereitgestellt. Rund 600.000 Haushalte in der Stadt heizen derzeit noch mit Erdgas. /af
Von Alexander Fuchssteiner

ATOMENERGIE

1 Mio. Euro für nukleare Sicherheit in Ukraine

Wien (energate) - Österreich unterstützt die Arbeit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zur nuklearen Sicherheit in der Ukraine mit 1 Mio. Euro. Die finanzielle Hilfe wird je zur Hälfte durch das Energieministerium und das Außenministerium bezahlt. Besonders das Kernkraftwerk Saporischschja, die größte Nuklearanlage Europas, gibt Anlass zu Sorge. Das Vorgehen Russlands in der Umgebung des Kraftwerks gefährdet die nukleare Sicherheit und stellt eine reale Bedrohung für Europa dar, warnte die IAEO.

Kontrolle vor Ort

Im März 2022 wurde ein Kooperationsprogramm zwischen der Ukraine und der IAEO gestartet. Anfang 2023 wurde im Rahmen der "IAEO Support and Assistance Mission" eine ständige Präsenz im AKW Saporischschja etabliert. Diese wurde inzwischen auch auf die anderen drei AKW in der Ukraine, darunter Tschernobyl, ausgeweitet. Die Arbeit der IAEO vor Ort und deren Anwesenheit in den Kernkraftwerken ist Frühwarnsystem und Lebensversicherung zugleich, betonten Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) und Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP).

"Lage sehr angespannt"

Nach einer Einschätzung der IAEO besteht nach dem Dammbruch des Staudamms Kachowka keine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit des Atomkraftwerks Saporischschja, doch die Lage bleibt sehr angespannt. Das AKW, das im September 2022 abgeschaltet wurde, liegt nur rund 150 Kilometer vom Kachowka-Stausee entfernt. In den ersten Monaten des Ukrainekriegs blieb die Anlage, die sich direkt in der Frontlinie befindet, trotz russischen Bombardements in Betrieb. /imk

Von Irene Mayer-Kilani

FINANZIERUNG

Niederösterreich erhöht "Raus aus Gas und Öl"-Förderung

St. Pölten (energate) - Das Land Niederösterreich erhöht im Rahmen der Wohnbaufinanzierung die "Raus aus Gas und Öl"-Förderung für 2023 von 30 auf 50 Mio. Euro. Bei der Förderung handelt es sich um einen Zuschuss von 20 Prozent der laufenden Investitionskosten beim Austausch eines Gas- oder Ölkessels oder einer Gastherme. Das gab Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister (ÖVP) bei einer Pressekonferenz zur "Energierstrategie 2030" im Landhaus bekannt. Bis zu 3.000 Euro erhalten Haushalte für neue Heizungsanlagen auf Basis fester biogener Brennstoffe, einer elektrisch betriebenen Wärmepumpe oder eines Fernwärmeanschlusses. Bei Allesbrennern wird bis zu 1.000 Euro Zuschuss bezahlt.

Bewohner und Bewohnerinnen von Einfamilien-, Zweifamilien- und Reihenhäusern mit Hauptwohnsitz in Niederösterreich können die Förderung beantragen - vorausgesetzt das Altgerät wurde fachgerecht entsorgt. Im Jahr 2022 wurden circa 11.000 Anträge bewilligt. Das sind dreimal so viele Anträge seit dem Förderstart im Jahr 1998 mit 95.000 Anträgen. "Wir haben für diese Verdreifachung der Förderanträge im Jahr 2022 über 30 Mio. Euro an die Landsleute ausbezahlt", gab die Landesrätin bekannt. Die weiter steigende Nachfrage könne heuer gut abgedeckt werden, so Teschl-Hofmeister. /imk

Von Irene Mayer-Kilani

NETZAUSBAU

Netz NÖ errichtet neues UW in Haag

Maria Enzersdorf/Haag (energate) - Die Netz Niederösterreich (NÖ) errichtet ein neues Umspannwerk (UW) in Haag. Die Anlage Haag Süd soll als Ersatz für das bestehende, mittlerweile technisch veraltete UW in Haag dienen, teilte die EVN-Netztochter mit. Durch die neue Anlage soll vor allem eine erhöhte Einspeisung erneuerbarer Energien ermöglicht werden. "Wir rechnen im Großraum Haag mit einem starken Erneuerbarenausbau, allen voran von Photovoltaikanlagen", sagte der niederösterreichische Landesabgeordnete Anton Kasser (ÖVP). Allein im Mai verzeichnete der niederösterreichische Netzbetreiber eine Verdreifachung der Fertigstellungen von PV-Anlagen im Bundesland.

Das Umspannwerk soll auch die Versorgungssicherheit bei steigendem Energieverbrauch gewährleisten, ergänzte EVN-Vorstandsdirektor Franz Mittermayer. Das neue UW mit einer Grundfläche von rund 1,6 Hektar soll über 13.000 Haushalte in 42 Gemeinden versorgen. Die Inbetriebnahme der Anlage ist für Oktober 2024 geplant. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf circa 16 Mio. Euro. **/af**
Von Alexander Fuchssteiner

STROMSPEICHER

M-Tec baut Kapazitäten für Batteriespeicher aus

Pinsdorf (energate) - Der oberösterreichische Hersteller M-Tec baut seine Kapazitäten für Batteriespeicher stark aus.

Die Speicher seien in Einfamilienhäusern, im mehrgeschossigen Wohnbau und auch in Betrieben einsetzbar, so M-Tec. Das auf Umwelttechnologien spezialisierte Unternehmen hat im Vorjahr rund 2.000 dieser Systeme ausgeliefert und heuer in den ersten fünf Monaten rund 10.000. Ab Mitte des Jahres soll die Lieferfähigkeit nochmals steigen, so Firmenchef Peter Huemer: "Unsere Produktion in Asien konnte 2023 auf mögliche 60.000 Speicher ausgebaut werden."

In den Speicher mit einer Leistung von bis zu 20 kW ist der Wechselrichter integriert. Das System ist mit stapelbaren Modulen mit bis zu 31 kWh auf insgesamt 300 kWh erweiterbar. M-Tec verspricht 10.000 Ladezyklen und eine in die Anlage integrierte Notstromfähigkeit sowie die Möglichkeit von Inselbetrieb. **/pm**
Von Peter Martens



IRGENDWAS
MIT
ENERGIE
Der energate-Podcast

Interviews und Diskussionen mit prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden & Wissenschaft.

JETZT ÜBERALL DA, WO ES PODCASTS GIBT!

 **Jetzt anhören**